

Mohssen Massarrat / Margareta Steinrücke

(attac Deutschland Arbeitsgruppe ArbeitFairTeilen)

(Vortrag auf dem Europäischen Forum „Arbeitsumverteilung jetzt!“, 19.11.2013 Straßburg)

30 Stundenwoche und Neuverteilung von Arbeit

1. Die Senkung der kollektiven Arbeitszeit auf 30 Stunden für Deutschland und Europa ist notwendig, um die unerträgliche **Massenarbeitslosigkeit**, insbesondere der Jugend **abzubauen**. Statt 2,9 Millionen offizielle Arbeitslose haben wir in Deutschland eine Unterbeschäftigung im Umfang von 6,7 Millionen Vollzeitstellen. Mit einer kurzen Vollzeit um die 30 Stunden resp. einer 4 Tage-Woche wäre Vollbeschäftigung wieder herstellbar. 30 Stunden war auch die durchschnittliche Wochenarbeitszeit während der Kurzarbeit zur Bewältigung der Krise 2009/2010 in Deutschland. Die deutschen Erfahrungen mit Kurzarbeit, Abschmelzen der Arbeitszeitkonten und beschäftigungssichernder Arbeitszeitverkürzung zeigen, dass Arbeitszeitverkürzung (nicht die Agenda 2010 wie fälschlich behauptet) das einzig wirksame Mittel zur Bekämpfung der Beschäftigungskrise ist. Deutschland ist als einziges Land Europas ohne nennenswerten Anstieg der Arbeitslosenzahlen durch die Krise gekommen. Deswegen wäre für Europa mit seinen z. Z. 27 Millionen Arbeitslosen die 30 Stundenwoche als Lehre aus der deutschen Krisenbewältigung mittels Kurzarbeit (das „deutsche Beschäftigungswunder“) der einzig sinnvolle Schluss, nicht die Verallgemeinerung der Agenda 2010, die nur zu noch mehr Teilzeit-Arbeitslosigkeit führen würde.
2. Arbeitszeitverkürzung ist auch die einzige **ökologisch vertretbare Lösung** der Krise. Die gesteckten Ziele der CO₂-Absenkung sind nur mit der Umverteilung der vorhandenen Arbeit anstelle weiteren Wachstums zu erreichen. Ausnahmen davon bilden personenbezogene und öffentliche Dienstleistungen, die in Bereichen wie z. B. der Pflege dringend ausgebaut werden müssen.
3. Eine kurze Vollzeit um die 30 Stunden ist auch aus Gründen der **Gesunderhaltung** der Menschen geboten. Die unerträgliche Zunahme psychischer Erkrankungen und von Burn out im Gefolge immer intensiverer und in vielen Bereichen wieder längerer Arbeitszeiten muss gestoppt werden. Das Leiden der Menschen und die immensen Kosten für die Krankenkassen (d. h. für die Gemeinschaft der Versicherten) ließen sich durch eine neue Normalarbeitszeit um die 30 Stunden weitgehend vermeiden.

4. Auch die **geschlechtergerechte Verteilung der Arbeit** (und zwar aller Arbeit: Erwerbs- ebenso wie Haus- und Sorgearbeit) ist ein weiteres zentrales Ziel. Mit einer neuen Normalarbeitszeit von 30 Stunden könnten heute meist in langer Vollzeit beschäftigte Männer kürzer arbeiten und sich mehr an der Haus- und Sorgearbeit beteiligen, und Frauen, die häufig in kurzer Teilzeit arbeiten, könnten ihre Erwerbsarbeitszeit aufstocken. Für die große Zahl der unfreiwillig **Teilzeit** Arbeitenden ohne existenzsicherndes Einkommen böte die Absenkung der Normalarbeitszeit auf 30 Stunden erstmals die Chance, ihre Arbeitszeit auf ein existenzsicherndes Maß **aufzustocken**. Vielen Frauen (zunehmend auch Männern), die sich um Kinder und Pflegebedürftige kümmern wollen, böte ein neuer Normalarbeitsstandard von 30 Stunden die Chance, überhaupt auf den Arbeitsmarkt zu kommen, weil solche Arbeitszeiten **mit ihren Sorgerverpflichtungen vereinbar** wären.
5. Eine neue Normalarbeitszeit um die 30 Stunden würde den **Beschäftigten** die **Flexibilität** ermöglichen, die sie für die Wechselfälle des Lebens und ihre außerbetrieblichen Verpflichtungen, aber auch für Bildung, Kreativität und politische und ehrenamtliche Betätigung brauchen. Genauso eröffnet sie den **Unternehmen** mehr Flexibilität beim Einsatz ihrer Arbeitskräfte. Bei drei Beschäftigten mit 30 Stunden ist ein krankheitsbedingter Ausfall leichter zu kompensieren als bei zweien mit 40 Stunden und häufigen Überstunden (übrigens ein Grund dafür, warum in manchen Branchen nur noch Teilzeitkräfte eingestellt werden, was aber ohne Lohnausgleich keine existenzsichernden Löhne gewährleistet).
6. Der **volle Lohnausgleich**, mindestens für die unteren und mittleren Einkommensgruppen, ist notwendige Bedingung für eine Verkürzung der Normalarbeitszeit auf 30 Stunden. Viele Menschen im Niedriglohnbereich, der gerade in Deutschland in den letzten Jahren auf über 20 % gewachsen ist, können schon jetzt nicht von ihrem Lohn leben. Für sie ist der volle Lohnausgleich unverzichtbar.
Aber er ist auch für alle bezahlbar. Neben den **Kosten der Arbeitslosigkeit** (allein in Deutschland mit seiner relativ niedrigen (offiziellen) Arbeitslosigkeit 58 Milliarden Euro pro Jahr nur für Arbeitslosengeld, Kosten für Unterkunft und Heizung und Ausfälle bei Steuern und Sozialversicherung; Folgekosten durch Krankheit, soziale Probleme, Sucht, Selbstmord, Kriminalität etc. gar nicht mitgerechnet), die eingespart werden könnten, bietet die kontinuierlich steigende **Produktivität** der Arbeit die Möglichkeit der Finanzierung des Lohnausgleichs. Die Produktivität ist in den letzten Jahren im Durchschnitt jährlich um knapp 2 % gestiegen und lag immer über dem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum, was durch das nicht weiter Fortsetzen der Arbeitszeitverkürzung der 1980er Jahre zur Entstehung und Verfestigung der Massenarbeitslosigkeit geführt hat.

Parallel gab es eine stetige Senkung der Lohnquote und Steigerung der Gewinnquote (in Deutschland von 75 zu 25 in 2000 auf 66 zu 34 in 2011). Diese **Gewinne**, die übrigens maßgeblich zur Entstehung der Finanzmarktkrise beigetragen haben, da sie zum größten Teil nicht in die Realwirtschaft, sondern in spekulative Finanzprodukte investiert worden sind, könnten für einen vollen Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung volkswirtschaftlich erheblich sinnvoller verwendet werden. Ein voller Lohnausgleich würde anders als spekulativ angelegte Gewinne sehr weitgehend in den Konsum fließen und so zu einer **Stärkung des Binnenmarktes** beitragen. (Dies wäre in Deutschland besonders wünschenswert, um die Überbetonung der Exportindustrie zu korrigieren, die mit ihren Überschüssen maßgeblich zur Krise in den anderen europäischen Ländern beiträgt. Selbst die EU-Kommission erwägt schon eine Rüge Deutschlands wegen zu hoher Exportüberschüsse und schlägt deutliche Lohnerhöhungen zur Stärkung des deutschen Binnenmarktes vor.) Für KMU (kleine und mittlere Unternehmen) mit geringen Gewinnmargen könnte über einen (staatlichen) Fonds zur Zahlung des Lohnausgleichs nachgedacht werden.

Generell könnte über eine Koppelung der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich an die Produktivitätssteigerung (evtl. gesetzlich geregelt) nachgedacht werden.

7. Die Durchsetzung einer so gestalteten Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden kann nicht alleine von den **Gewerkschaften** erreicht werden. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Obwohl die Gewerkschaften in Deutschland der wichtigste Akteur im Kampf um kürzere Arbeitszeiten sind – Arbeitszeitverkürzung ist neben Lohnerhöhung von Beginn der Gewerkschaftsbewegung an ihr zentraler Gegenstand –, brauchen sie Verbündete. Ihre Kampfkraft ist aufgrund der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und der Ausbreitung prekärer Beschäftigung im Gefolge der neoliberalen Offensive des Unternehmerlagers und deren Unterstützung durch Politik und Wissenschaft sehr geschwächt. Sie müssen gerade zur Wiederherstellung ihrer Durchsetzungsfähigkeit ein hohes Interesse am Abbau der Arbeitslosigkeit und an Arbeitszeitverkürzung als Voraussetzung dafür haben.

Aber sie haben auch aufgrund der Erfahrung der Intensivierung der Arbeit im Gefolge der 35-Stundenwoche Probleme, ihre Mitglieder für weitere Arbeitszeitverkürzung zu mobilisieren. Die Intensivierung resultierte daraus, dass in den meisten Bereichen kein verbindlicher Personalausgleich mit der Arbeitszeitverkürzung verknüpft worden war. Deshalb ist die Entwicklung von Regelungen zum **Personalausgleich** die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften, wenn sie Arbeitszeitverkürzung wieder in Angriff nehmen will.

8. Neben dem Interesse der **Vollzeit-Beschäftigten** (an gesünderen, Vereinbarkeit ermöglichenden Arbeitszeiten), dem Interesse der **Teilzeitbeschäftigten** an existenzsichernde Einkommen

garantierenden Arbeitszeiten und dem Interesse der **Arbeitslosen**, überhaupt wieder in Arbeit zu kommen, gibt es ein **öffentliches Interesse** an Arbeitsumverteilung:
der Arbeitslosenversicherung an Senkung der Kosten der Arbeitslosigkeit;
der Kommunen an Senkung der Kosten der Arbeitslosigkeit in Form von Mieten und Heizkosten;
der Krankenkassen an Senkung der Krankheitskosten im Gefolge von langen Arbeitszeiten und Arbeitslosigkeit;
der sozialen Dienste, Bildungseinrichtungen, Polizei etc. an der Minimierung der Folgekosten der Arbeitslosigkeit;
des Staates an Steuereinnahmen von wieder Erwerbstätigen;
der Anbieter von Konsumgütern und personenbezogenen Dienstleistungen an der Steigerung der Binnennachfrage durch die Löhne der dann wieder Erwerbstätigen
und vieles mehr.

9. Neben Krankenkassen und der öffentlichen Hand gibt es eine Vielzahl potentieller **Bündnispartner_innen** für die Gewerkschaften bei der Durchsetzung kürzerer Arbeitszeiten:
- die Wohlfahrts- und Erwerbslosenverbände zur Bekämpfung der Armut, deren wichtigste Ursache Arbeitslosigkeit ist
 - Umweltschutzorganisationen zur Senkung des CO₂-Ausstoßes durch weniger (Industrie)arbeit
 - Frauen- und Gleichstellungsorganisationen wegen der geschlechtergerechten Verteilung aller Arbeit
 - Familien- und Bildungseinrichtungen für mehr Zeit für Kinder, Pflegebedürftige und Bildungsprozesse
 - Wissenschaftler_innen zu all diesen Fragen (z. B. Jutta Allmendinger, Präsidentin WZB, die Sachverständigen Kommission zum 1. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung)
 - Kirchen und ihre Arbeitnehmerorganisationen
 - Sozialpolitisch engagierte Parteien (Linke, Grüne, Sozialdemokraten)
 - intelligente Arbeitgeber_innen zur Gewinnung und Haltung qualifizierter Fachkräfte (v. a. unter den Frauen, der Generation Y und den älteren Beschäftigten mit ihrem Erfahrungswissen).
10. Um all diese Bündnispartner_innen zusammen zu bringen und die guten Argumente für eine kurze Vollzeit um die 30 Stunden in der Öffentlichkeit und in den Betrieben wirksam zu verbreiten, haben die attac-AG ArbeitFairTeilen und die Gruppe Alternative Wirtschaftspolitik in Deutschland die **Initiative „Arbeitszeitverkürzung jetzt!“** ins Leben gerufen, der inzwischen

über 400 Menschen aus verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen angehören. Ihre Argumente und Aktivitäten sind in dem auf www.arbeitszeitverkürzung-jetzt.de einsehbaren Aufruf: „Schluss mit prekärer Arbeit – Arbeit Fair Teilen jetzt!“ nachzulesen.

11. Jüngste Initiative, ausgehend von der attac-AG ArbeitFairTeilen, ist eine Kampagne **„30 Stundenwoche für Europa!“**. Im Vorfeld der Europawahlen im Mai 2014 will sie für die Einsicht werben, dass die 30 Stundenwoche in allen europäischen Ländern gemeinsam durchgesetzt werden muss, um die unerträgliche Arbeitslosigkeit, vor allem der Jugend, abzubauen, und dass die 30 Stundenwoche **die** solidarische und ökologisch vertretbare **Alternative** zum Pakt für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit von EU-Ministerrat und -Kommission darstellt.

12. Sich das Konzept der 30 Stundenwoche für Europa zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu eigen zu machen, wäre auch für die Parteien im Verfassungsbogen die Chance, die erwarteten Zugewinne rechter und nationalistischer Parteien bei der Europawahl zu verhindern. Die gerechte Umverteilung der vorhandenen Arbeitszeit ist das einzige plausible Alternativkonzept **gegen die populistischen fremdenfeindlichen Vorschläge**, die die Arbeitslosigkeit durch die Vertreibung der Immigrant_innen abzubauen versprechen.